Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 6.00 Mark, vierteljährlich 18.00 Mk., durch die Post 18.00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1416 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf. Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 10, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4009

Nr. 265. **Halle, Donnerstag, den 10. Juni 1920.** **Einzelpreis 20 Pfg.**

„Alles schon dagewesen".

„Unsere Gegner von rechts und links jubeln zu früh. Diese Juni-Wahlen von 1920 sind nur eine Episode in der Geschichte der Parteien". So schreibt Dr. Alfred Oehlke in der „Breslauer Ztg.". Mit Recht.

Der Mißerfolg der Deutschen Demokratischen Partei vom 6. Juni ist gewiß tief bedauerlich. Aber die Parteien der Rechten machen sich eines groben Täuschungsversuchs schuldig, wenn sie es so darstellen, als ob es sich bei dem jüngsten Wahlergebnis um einen noch nie dagewesenen Vorgang handelte. Denn ein so kurzes Gedächtnis können sie nicht haben, daß sie vollständig vergessen haben wie empfindlich sie selber schon mehr als einmal unter der Wandelbarkeit der Wählerstimmung zelitten haben. Denken die Konservativen gar nicht mehr an ihren Zusammenbruch in Preußen Anfang der 80er Jahre, auch nicht mehr daran, daß einst — 1874 — die Altkonservativen nur 4 Mann stark aus dem Wahlkampf zurückkehrten, sodaß sie in das preußische Abgeordnetenhaus bequem „in einer Droschke" fahren konnten? Daß die Deutschkonservativen bei den Reichstagswahlen von 1874 von 54 auf 21 zusammenschmolzen? Bei den Reichstagswahlen von 1890 zählte die nationalliberale Fraktion nur 42 Mitglieder statt 99 bei den Septennatswahlen von 1887. Bei den Reichstagswahlen von 1907 erlangten die konservativen Gruppen 112 Mandate, 1912 aber nur 69, und im Januar 1919 gar nur 42 Mandate. Wenn jetzt die Deutschnationalen die Zahl ihrer Mandate um die Hälfte verdoppelt haben: nun, es werden schon wieder bessere Zeiten kommen für die Demokraten. Bei den Septemberwahlen von 1887 ging die Zahl der freisinnigen Reichstagmandate von 67 auf 32 zurück. Aber 1890 wurden schon wieder 66 Freisinnige gewählt. Die Deutschnationalen und mit ihnen die Deutsche Volkspartei verdanken ihre Erfolge vom 6. Juni dem „politischen Treibholz", Wählern, die, ohne eine eigene feste politische Ueberzeugung zu haben, sich lediglich vom Gefühl leiten lassen bei Abgabe des Stimmzettels. Jahrzehntelang haben die Sozialdemokraten ihre Erfolge bei Reichstagswahlen einem erheblichen Teil den „Mitläufern" zu danken gehabt, die, ohne wirklich Sozialdemokraten zu sein, durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels ihrer Unzufriedenheit am wirksamsten durch die Abgabe eines Stimmzettels für die Partei der schärfsten Opposition Ausdruck verleihen zu können meinten. Weit mehr als jemals früher die Sozialdemokraten verdanken jetzt die heutigen Oppositionsparteien rechts ihren Erfolg solchen „Mitläufern", die ihren Unmut über die heutigen wirtschaftlichen Zustände durch Eintreten für Wahlvorschläge der Rechten Luft machen zu müssen glaubten und auf diese Weise eine Besserung unserer Notlage erzielen zu können hofften. Je eher sich ergeben wird, daß durch das Wahlergebnis vom 6. Juni die Schwierigkeiten unserer inneren und äußeren Lage nicht kleiner werden, sondern wachsen, desto größer wird die Enttäuschung gerade in den Kreisen werden, die den Parteien der Rechten Steigbügeldienste geleistet haben. Mögen die Parteien der Rechten sich heute freuen. Wir denken an die nächsten Wahlen!

Das Ausland und die deutschen Wahlen.

Die „Times" bringt bereits am Montag aus der Feder ihres früheren Berliner Berichterstatters einen Aufsatz, der die Deutsche Volkspartei in der schärfsten Form angreift und ihren Aufstieg als eine unmittelbare Gefahr für den Frieden Deutschlands, ja ganz Europas hinstellt. Wir geben aus dem Aufsatz, den die „Times" „Eine neue deutsche Gefahr" überschreibt, im nachstehenden die bemerkenswertesten Stellen wieder:

Die Gefahr, welche dem Frieden Deutschlands und dem Frieden Europas, soweit die deutschen Wahlen in Frage kommen, am unmittelbarsten droht, ist vorhanden in der alten nationalliberalen Partei, die sich heute die Deutsche Volkspartei nennt. Die alten Konservativen, jetzt Deutschnationalen, sind jedermann als die Junkerklasse bekannt, aber die Nationalliberalen treiben eine versteckte und schlauere Politik. Sie bestehen aus drei Arten von Leuten, die man bezeichnen kann als Wölfe, Wölfe in Schafskleidern und gewöhnliche Schafe, die geschoren werden sollen, wenn „der Tag" kommt. Die Wölfe, das sind hauptsächlich alldeutsche Professoren mit ihrem Anhang und jene Großindustriellen, die ihren eigenen Interessen mit einem wahren Fanatismus nachgehen. Es gibt natürlich Professoren und Professoren in Deutschland. Einige von ihnen, die ich jüngst besucht habe, wie Hans Delbrück, Oncken und v. Blume, sind zweifellos echte deutsche Patrioten, die aber auch wissen, daß die Tage der Klassenherrschaft und des Militarismus gezählt sind. Aber die andere Art ist unglücklicherweise in der Ueberzahl und hat sich zu einer Landplage ausgewachsen. Der Verfasser führt als Beispiel dieser Art Dr. Heinrich Frenzel an, der jüngst einen Vortrag veröffentlicht habe, worin er sogar Goethe wegen seines gemäßigten Liberalismus für die Deutsche Volkspartei in Anspruch nehme. Dann heißt es weiter: Die deutschen Reaktionäre, die in der Deutschnationalen Volkspartei vereinigt sind, wissen den angeblichen Liberalismus der Volkspartei richtig einzuschätzen, und Herr Helfferich hat ihnen sinngemäß zugerufen: „Laßt uns getrennt marschieren, aber vereint schlagen." Ob diese Nationalliberalen nun den Demokraten und selbst den Sozialdemokraten, wie sie hoffen, eine beträchtliche Stimmenzahl abnehmen oder ob sie nur ihre alte Stärke behalten, sie werden in jedem Fall eine dauernde Gefahr für Deutschland bilden. Wenn sie Erfolge erzielen, werden sie in die Koalition aufgenommen werden wollen. Die mehr Kniesschwachen unter den Demokraten mögen ihnen dies zugestehen wollen, die Sozialdemokraten jedoch niemals. All die schönen Hoffnungen, welche die Wölfe in Schafskleidern den gewöhnlichen Schafen vorhalten — daß z. B. mit ihrer Hilfe eine Versöhnung zwischen Fortschritt und Reaktion erzielt werden könne, zwischen Autorität und Freiheit —, sind daher Seifenblasen. Es sind nicht die Nationalliberalen, die Kapital und Arbeit, Parlamentarismus und Monarchie miteinander versöhnen können, auch würde, das wage ich zu sagen, eine Regierung unter dem Einfluß der Nationalliberalen nicht imstande sein, auch nur eine einzige Woche lang die Beziehungen zu den Verbandsmächten aufrechtzuerhalten. Sollten anderseits die Volksparteiler einen großen Mißerfolg erleiden, dann hätten sie doch so viel unberechtigte Hoffnungen und solche Stürme der Leidenschaft unter ihren Anhängern erregt, daß viele von ihnen den Reaktionären zur Beute fallen und für den nächsten Putsch reif sein würden. Leider dürfen sie aber auf einen beträchtlichen Erfolg zählen, denn sie haben viel Geld springen lassen und haben den einfachen Leuten goldene Berge versprochen. Bilden sie nun mit den Demokraten und dem Zentrum eine Regierung, so würden alle Sozialisten in die Opposition geraten, und es gäbe eine politische Spannung, die nicht auf das Parlament beschränkt bleiben würde. Es würde zu neuen revolutionären Straßenkämpfen kommen, nach welchen die Extreme zur Rechten wie zur Linken nur allzusehr Verlangen tragen.

Die schleswigsche Grenzfrage.

Die beiden deutschen Städte Tondern und Hoyer sollen nach den Absichten der Alliierten zu Dänemark geschlagen werden. Hierzu erhalten wir von einem genauen Kenner der dortigen Verhältnisse in Halle, Herrn Dr. S. Remertz, folgende Zuschrift, die wir ihres allgemeinen Interesses wegen gern abdrucken, obwohl kaum noch Aussicht bestehen dürfte, die beherzigenswerten Vorschläge in die Tat umzusetzen.

Dr. S. Remertz schreibt uns:

Nach den letzten Nachrichten scheint es so, als ob die Gefahr der Internationalisierung die zweite Zone Schleswigs nicht mehr stark bedroht und ebenfalls scheint die Gefahr von den vier Kirchspielen im Nordwesten der zweiten Zone abgewendet, die nach dem Vorschlag des französischen und des norwegischen Vertreters der Internationalen Kommission in Flensburg, des französischen Gesandten in Kopenhagen Claudel und des Telegraphendirektors Heftne, trotzdem sie für das Verbleiben bei Deutschland gestimmt hatten, Dänemark einverleibt werden sollten. Der Botschafterrat in Paris ist dem Gutachten des englischen und schwedischen Vertreters der Internationalen Kommission, des englischen Gesandten in Kopenhagen Marling und des früheren schwedischen Ministers des Inneren v. Sydow gefolgt, die die Südgrenze der ersten Abstimmungszone, die sogenannte Clausen-Linie, als Südgrenze Dänemarks vorgeschlagen haben.

Wenn man somit der Befriedigung Ausdruck geben darf, daß die dänischen Chauvinisten trotz aller Hetze mit ihren maßlosen Forderungen nicht durchgedrungen sind und daß somit die Gefahr dauernder Vergiftung der deutsch-dänischen Beziehungen ziemlich beseitigt ist — denn es ist zu erwarten, daß das warm vaterländisch, aber eigentlich nicht chauvinistisch denkende dänische Volk den Rausch, in den die Chauvinisten es versetzt haben, in absehbarer Zeit loswerden wird —, so darf man doch die neue Grenze nicht für eine ideale halten.

Die Clausen-Linie, die die erste Zone, in der es bloß abgestimmt wurde, nach Süden begrenzt, ist mit Fleiß so gezogen worden, daß Gegenden mit einer starken deutschen Mehrheit nördlich von ihr zu liegen kamen, die nun von den Dänen in diesem gesamten Gebiet überstimmt worden sind. Teilweise handelt es sich um kleine Enklaven, bei der Umgebung von Tondern und Hoyer handelt es sich aber um deutsches Land, das mit den deutschen Sprachgebieten im Süden in Verbindung steht. Beide Städte haben zudem auch mit sehr großer Mehrheit für das Verbleiben bei Deutschland gestimmt.

Von deutscher Seite ist nun der Vorschlag gemacht, eine durchschnittlich etwa 10 Km. nördlich der Clausen-Linie verlaufende Linie, die sogenannte Tiedje-Linie, bei der Neuordnung der deutsch-dänischen Grenze zugrunde zu legen. Eine der Tiedje-Linie folgende Grenze würde auf beiden Seiten gleiche Minderheiten lassen. Deutscherseits ist man mit diesem Vorschlag reichlich spät auf dem Plan erschienen, insbesondere hat man im Oktober 1918, als die Clausen-Linie bekannt wurde, wahrscheinlich wegen der Ueberfülle der anderen Sorgen, sich um Schleswig nur wenig bekümmert. Erst in letzter Zeit hat man, nicht immer geschickt, die Tiedje-Linie gefordert. Zu diesem vorgerückten Zeitpunkt mußte man sich klar darüber sein, daß eine der Tiedje-Linie folgende Grenze nicht mehr zu erreichen sei, gar nicht daran zu denken ist, daß irgend eine politische Partei Dänemarks jetzt die Verantwortung für diese Grenzlinie übernehmen könnte, ganz abgesehen davon, daß die Entente uns diese Grenze nicht zugestehen würde. Politik ist eben die Kunst des Möglichen.

Und daher ist es zu bedauern, daß das Mögliche, eine geringe, aber in ihren Folgen doch äußerst segensreiche Revision der Clausen-Linie zu erreichen, nicht recht versucht worden ist. Der frühere Reichskanzler Bauer hat zwar bei seiner Anwesenheit in Flensburg im November v. J. einen Berichterstatter von „Politiken" auf die Ungerechtigkeit, die darin liegt, daß die deutschen Städte Tondern und Hoyer in der ersten Zone lägen, hingewiesen und die dänische Regierung gleichzeitig eingeladen, in Gemeinschaft mit der deutschen Regierung in Paris darauf hinzuwirken, daß beide Städte bei der Festlegung der Grenze nicht vergewaltigt werden. Staatsminister Zahle hat diese Einladung abgelehnt. Bei der parlamentarisch äußerst schwachen Stellung seines Ministeriums hätte er bei der damals in Dänemark schon herrschenden Stimmung auch kaum anders handeln können.

Es hätte nun von Deutschland allein in Paris auf das Tondern und Hoyer drohende Unrecht hingewiesen werden müssen. Insbesondere hätte das Augenmerk darauf gelenkt werden müssen, daß der Weg von der in der zweiten Zone liegenden und nun anscheinend bei Deutschland verbleibenden Insel Sylt über Hoyer-Schleuse, Hoyer nach Tondern führt, das an der an der Westküste Schleswig-Holsteins entlang führenden Eisenbahnlinie nach Hamburg liegt. Bei der Beschaffenheit der schleswig-holsteinischen Westküste ist aber die Anlage eines anderen Landungsplatzes für die Sylter Dampfer als bei Hoyer-Schleuse nicht möglich. Wenn also die Clausen-Linie die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark wird, so werden die Sylter in Zukunft, wenn sie das Festland aufsuchen, über dänisches Gebiet fahren müssen. Ebenso werden die deutschen Kurgäste, die die Sylter Badeorte besuchen und die nicht den zeitraubenden Seeweg über Helgoland wählen, dänisches Gebiet berühren müssen.

Die Mitglieder des Großen Rats in Paris, die die Entscheidung in der deutsch-dänischen Grenzfrage treffen, wissen nichts von den Verhältnissen in dem Grenzgebiet, ebensowenig wie sie auch über andere Fragen, in denen sie selbstherrlich entschieden haben, aus eigener Anschauung unterrichtet gewesen sind. Die schleswigsche Frage dürfte ihnen besonders fern liegen. Die Stunde, in der sie die Entscheidung treffen, wird die einzige ihres Lebens sein, in der sie sich mit dieser Frage beschäftigen. Sollte es nicht möglich sein, ihnen einmal vor die Augen zu führen, daß die Einverleibung Tonderns und Hoyers in Dänemark nicht nur eine Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts der Völker ist, was ja wahrscheinlich keinen großen Eindruck auf sie machen wird, sondern daß dadurch auch verkehrstechnische Schwierigkeiten geschaffen werden, die man vermeiden kann?

Also gebe man die aussichtslose Tiedje-Linie vorläufig auf und begnüge man sich mit der Forderung einer Revision der Clausen-Linie auf einen kurzen Abschnitt ihres Verlaufs. Sie braucht nur dort, wo Tondern und Hoyer liegen, und wo die Eisenbahn zwischen beiden Städten führt, um wenige Kilometer nach Norden verschoben zu werden. Eventuell könnte man eine Einbuchtung der Grenze bei Mögeltondern mit in Kauf nehmen, um dänische Gefühle möglichst zu schonen. Die Eisenbahn Tondern-Hoyer müßte dann allerdings einen kleinen Zipfel Landes durchfahren, der dänisches Gebiet wäre, aber sie könnte diese Strecke in vielleicht zwei Minuten durchfahren, und man könnte es so einrichten, daß sie hier nicht anhielte. Die Strecke Tondern-Tinglaff würde Dänemark zufallen. Man könnte ihm auch dann den einen Tondernerbahnhof überlassen. Tondern bekäme dann einen deutschen und einen dänischen Bahnhof. Es würde dann dort im kleinen so werden, wie man es in Basel hat, wo sich ein Schweizer Bundesbahnhof, ein Elsässer und ein Badischer Bahnhof befindet.

Vielleicht macht die deutsche Regierung noch in zwölfter Stunde einen Versuch in der angegebenen Richtung. Die Forderung ist wirklich bescheiden, aber sie ist wohlbegründet und würde, wenn sie bewilligt werden sollte, segensreiche Folgen haben. Für den hier gemachten Vorschlag gilt das gleiche wie für Tiedjes Vorschlag, nur hat er eher Aussicht auf Verwirklichung, denn Politik ist die Kunst des Möglichen.

Internationale Seemannskonferenz in Genua.

Im Anschluß an die internationale Arbeitskonferenz in Washington im November vorigen Jahres findet am 15. Juni eine internationale Seemannskonferenz in Genua statt. Als Vertreter der Arbeitgeber wurden durch den Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit der „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände" und deren Mitglied, dem „Zentralverein Deutscher Reeder" in Hamburg, folgende Herren bestimmt: Direktor Böger, Hamburg, als stimmführendes Mitglied; als technischer Ratgeber: Dr. Ehlers-Hamburg, Kraenzlin-Bremen, Direktor Kunstmann-Stettin, Direktor Ohlrogge-Hamburg, Dr. Schmitz-Duisburg und Dr. Tänzler, Syndikus der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Berlin.

Italienische Eingriffe in reichsdeutschen Besitz.

Wie aus Innsbruck gemeldet wird, erschien eine italienische Kommission in Salo am Gardasee und nahm daselbst alle reichsdeutschen Gasthäuser und Villen in Augenschein. Die Kommission hat die Absicht, diesen reichsdeutschen Besitz zum Schätzungswert von rund 16 Millionen Lire abzulösen. Auch im Gebiete von Arco Riva soll der reichsdeutsche Besitz abgelöst werden.

Neue französische Uebergriffe.

Frankfurt a. M., 8. Juni. Aus der Pfalz wird gemeldet, seit Beginn der Frühjahrsbestellung hält jeden Dienstag und Freitag französische Artillerie zwischen Rülzheim, Bellheim, Herxheim und Kittelsheim ausgerechnet auf dem besten Kulturboden ein mehrstündiges Scharfschießen ab. Abgesehen von dem Flurschaden entsteht den Kleinbauern durch die unangenehmsten Störungen in der Bestellung und Aberntung der Felder ein namhafter Schaden. Man fragt sich hier, ob das Gelände, das unsere eigene Artillerie im Frieden zur Verfügung hatte, den Franzosen nicht gut genug sein könne.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200610017/fragment/page=0001

Deutschnationale und Putschgerüchte.

Die „Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei" veröffentlicht folgende Erklärung:

„In letzter Zeit ist von der Regierung wiederholt und mit zunehmendem Ernst darauf hingewiesen worden, daß neben den unmittelbaren Gefahren gewalttätiger Unternehmungen von links, nach den ihr zugegangenen Nachrichten, auch die Möglichkeit von Rechtsputschen bestände, die insbesondere von einigen früher dem Militär angehörigen Persönlichkeiten vorbereitet würden. Uns ist von derartigen Plänen nicht das Geringste bekannt, und wir haben der Regierung, die neuerdings auch mit uns in dieser Angelegenheit Fühlung genommen hat, erklärt, daß wir keinen Anlaß zu einer Besorgnis vor verfassungswidrigen Unternehmungen von rechtsstehender Seite sähen. Wenn es aber tatsächlich Männer geben sollte, die trotz der unheilvollen Lehre des Kapp-Putsches, die ihnen zur Warnung dienen sollte, sich mit den verbrecherischen und aberwitzigen Gedanken tragen, zuwider der Verfassung mit Gewalt die ordnungsmäßige Entwicklung der Geschicke des deutschen Volkes zu stören, so lehnen wir jede Gemeinschaft mit ihnen ab und werden ein solches rechtswidriges Vorgehen entsprechend unserem Grundsatze, daß nur auf verfassungsmäßigem Wege vorgegangen werden darf, entschieden bekämpfen. Wir erwarten anderseits mit Bestimmtheit von der Regierung, daß sie jedem Versuche von links, der Verfassung Gewalt anzutun, mit allem Nachdruck wehrt und zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung ungesäumt und rückhaltlos gegen die Verbrecher einschreitet und von allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln Gebrauch macht."

Diese Erklärung ist als solche einwandfrei. Die Deutschnationalen müssen aber nach ihrer Vergangenheit es sich schon gefallen lassen, daß sie nach ihren Taten, nicht nach ihren Worten behandelt werden. In den Reihen der Deutschnationalen befinden sich zahlreiche Einzelpersonen und Organisationen, die sich nicht nur mit jenen „verbrecherischen und aberwitzigen Gedanken" getragen, sondern den Kapp-Putsch freudig, ja begeistert begrüßt und zum Teil auch sehr aktiv an ihm sich beteiligt haben. Wenn die Deutschnationale Volkspartei meint, durch eine solche Erklärung künftigen Wohlverhaltens ihre Geeignetheit zu einer Koalition mit den Parteien der Linken nachzuweisen, so dürfte sie sich in einem schweren Irrtum befinden.

Deutsches Reich.

Protest gegen die nordschleswigsche Grenze.

WTB. Kiel, 9. Juni. Der Provinziallandtag hat gestern folgende Entschließung angenommen:

„Der Vertragsentwurf betreffend die Abtretung Nordschleswigs schafft eine sowohl aus nationalen wie wirtschaftlichen Gründen unhaltbare Grenze. Gebiete mit überwiegend deutscher Bevölkerung, so vornehmlich die Städte Tondern und Hoyer, werden unter krasser Mißachtung des nationalen Selbstbestimmungsrechts zu Dänemark gelegt. Unter Zerreißung engster wirtschaftlicher Zusammenhänge wird der Stadt Flensburg ihr nächstes Hinterland, insbesondere an der Flensburger inneren Förde, genommen. Der Vertragsentwurf enthält außerdem eine Reihe von Bestimmungen, die Deutschland neue, im Versailler Vertrag nicht vorgesehene Lasten auferlegen. Der schleswig-holsteinische Provinziallandtag erblickt in dem Vertrag eine durchaus einseitige Begünstigung Dänemarks und der dänischen Interessen und eine schmachvolle Ungerechtigkeit gegen Deutschland. Die Annahme des Vertrags würde die Herbeiführung besserer nachbarlicher Beziehungen zwischen den Deutschen und den Dänen ernstlich und dauernd in Frage stellen und unausgesetztes Streben nach einer Revision des Vertrags zur Folge haben. Der Provinziallandtag verlangt, daß die Reichsregierung den Vertrag unter allen Umständen ablehnt und sich zur Erfüllung der Forderungen der alliierten und assoziierten Mächte nur insoweit bereit erklärt, als sie den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages entsprechen."

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Zusammenstellung der ohne Ausfuhrbewilligung zur Ausfuhr zugelassenen Waren (Ausfuhrfreiliste), ferner eine Bekanntmachung, betreffend den in Oesterreich den deutschen Reichsangehörigen gewährten Schutz gegen den Verlust gewerblicher Schutzrechte infolge des Krieges; eine Bekanntmachung, betreffend die Verlängerung der Prioritätsfristen in Spanien; eine Verordnung über die Besteuerung des reichssteuerfreien Einkommens durch die Gemeinden; eine Verordnung über die Bildung der Ausschüsse bei den Finanzämtern und ihr Verfahren; eine Bekanntmachung, betreffend die Bildung von Weinbaubezirken; eine Verordnung über die Preise für Schlachtvieh und eine Verordnung über die Aufhebung der Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden und eine Verordnung zur Abänderung der Verordnung über Pferdefleisch und Ersatzwurst.

Die demokratische Fraktion der sächsischen Volkskammer ist in Beratungen darüber eingetreten, welche Stellung sie zu dem Ausfall der Wahlen im Reiche einzunehmen hat. Die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen. Die Fraktion soll entschlossen sein, die Konsequenzen aus dem Ergebnis der Wahlen zu ziehen. Man nimmt an, daß die Demokraten aus der Regierung Sachsens austreten werden.

Drohender Generalstreik im Saarbergbau. Die Bergarbeiterorganisationen des Saargebietes brachen die Lohnverhandlungen mit der französischen Bergwerksdirektion ab. Falls die Saarregierung nicht in letzter Stunde vermittelnd eingreift, droht für den gesamten Saarbergbau der Ausbruch des Generalstreiks.

Ueber die Vorgänge bei der Entwaffnung der Maschinengewehrkompagnie Liebau in Soest wird von zuständiger Seite noch mitgeteilt: Als die Mannschaften hörten, daß die Kompagnie aufgelöst werden sollte, weigerten sie sich, dem Befehl nachzukommen, und marschierten ohne ihre Offiziere geschlossen nach einem Dorfe in der Nähe von Soest. Um ihre Auflösung durchzuführen, wurden zwei Kompagnien und ein Zug Artillerie mobil gemacht und die Meuterer umstellt. Daraufhin eröffnete die Kompagnie das Feuer auf die Reichswehrtruppen, wobei die bereits gemeldeten Verluste eintraten. Die Reichswehr ging dann gegen die Kompagnie vor und führte ihre Entwaffnung durch. Die Verluste der entwaffneten Kompagnie sind bisher nicht bekannt. Die Mannschaften der Maschinengewehrkompagnie Liebau sind interniert worden. Die strafrechtliche Untersuchung gegen sie ist eingeleitet.

Ausland.

Lloyd George über den Völkerbundrat.

Rotterdam, 8. Juni. Im Unterhause sagte Lloyd George gestern noch: Die Versammlung des Völkerbundrates, die zusammenberufen worden sei, um die Beschwerden Persiens zu erörtern, werde zweifellos auch imstande sein, über andere Gefahren und Schwierigkeiten, die dem Frieden Mitteleuropas drohen, zu beraten. In der Versammlung des Völkerbundes wird wahrscheinlich Lloyd George als britischer Vertreter anwesend sein. Falls er verhindert ist, werden Balfour und Lord Curzon seinen Platz einnehmen.

Irlands Widerstand.

Rotterdam, 8. Juni. Wie der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" aus London meldet, trafen große Mengen Munition in Irland ein. Die Hafenkommissare in Cork weigerten sich, die Kräne für die Ausladung von militärischen Kraftwagen zur Verfügung zu stellen, worauf die Soldaten sich mit Gewalt in den Besitz der Kräne setzten. Die Schauerleute in Limerick weigerten sich, Kohlen zu bunkern, die für Polizeiwachthäuser bestimmt waren. Die Polizei hat sie darauf unter militärischer Bewachung gelöscht.

Amerika und der Friedensvertrag.

Chicago, 8. Juni. (Reuter.) Im republikanischen Konvent, der heute eröffnet wurde, verteidigte der zeitweilige Vorsitzende Senator Lodge die Haltung der Opposition des Senats in der Frage des Friedensvertrages. Es sei ein Staatenbund und kein Völkerbund, was Wilson aus Europa nach Amerika gebracht habe. Das Volk müsse jetzt seinen Urteilsspruch fällen. Weiter sei es Zeit, Mexiko gegenüber eine feste Haltung einzunehmen.

Vertrauliche Sitzung des schwedischen Reichstages.

Stockholm, 8. Juni. Infolge der Zuspitzung der Lage hat sich die schwedische Regierung entschlossen, die Mitglieder des schwedischen Reichstages zu einer vertraulichen Sitzung in den nächsten Tagen einzuberufen. Die Teilnahme an der für Ende dieses Monats in Helsingfors anberaumten Pressekonferenz ist von Schweden abgesagt worden.

Englische Blätterstimmen über die Wahlen.

WTB. **Amsterdam,** 9. Juni. „Westminster Gazette" bespricht in einem Leitartikel über das Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen den „doppelten Ruck nach links und nach rechts" und sagt: Die deutsche Regierung war bei den Wahlen in keiner beneidenswerten Lage. Sie hatte die unmögliche Aufgabe, das eigene Wohl und die bisherigen Gegner zufrieden zu stellen. Die Aufgabe ist durch die Härte der alliierten Politik noch erschwert worden. Die siegreichen Nationen hatten nichts von Weitklugheit, die sogar Bismarck zeigte, da sie die feindliche Regierung nach der Niederlage nicht stützten. Sie haben Herrn Ebert und Herrn Müller nicht die Möglichkeit gegeben, mit irgendeinem kleinen Erfolg vor die Wähler zu treten. Sie haben sich bisher einer Revision auch der unmöglichen Bestimmungen des Friedensvertrages widersetzt. Inzwischen haben die reaktionären Parteien die Regierung nicht nur für die begangenen Fehler, sondern auch für die eigenen Verbrechen und Torheiten verantwortlich gemacht, während die Arbeiterschaft angesichts des herrschenden Elendes und der Hoffnungslosigkeit der Lage mehr und mehr verstucht wurde, in einer gewaltsamen Umwälzung das Rettungsmittel zu sehen. Deutschland muß die Folgen der Fehler tragen. Keine Nachsicht auf seiten der Alliierten kann ihm die Last abnehmen. Aber es ist ein Unterschied, ob die Last erträglich oder ob sie unerträglich gemacht wird. Die Alliierten müssen jetzt überlegen, ob sie nicht selbst die sehr ernste Verantwortung für die gefährliche Verwirrung tragen, die sich, wenn sich das Endergebnis der bisherigen Meldungen bestätigt, mit großer Wahrscheinlichkeit aus dem Wahlausfall für die deutsche Politik ergibt. Diese Verwirrung ist eine Gefahr für die ganze Welt. Wir haben die Pflicht, sie zu verhindern, falls es möglich ist. Mit einer ernsten, folgerichtigen und konsistenten Politik kann noch etwas getan werden, um einer gemäßigten deutschen Regierung Lebensmöglichkeit zu geben.

Halle und Umgegend.

Halle den 10. Juni 1920.

Stimmen der „Sieger".

Paradiesischen Zeiten gehen wir entgegen, wenn sich das alles erfüllt, was uns die Rechtsparteien in diesem Wahlkampf versprochen haben. Und noch viel mehr wird den Wählern versprochen, wenn sie auch in der Zukunft bei den Rechtsparteien bleiben — anscheinend schleichen sich da schon einige Zweifel ein — und zur Preußenwahl wieder so rechts wählen wie am letzten Sonntag. So schreibt der Deutschnationale Kreisverein Delitzsch wörtlich:

„Die Macht der Phrase schwindet! Die Wahrheit bricht sich Bahn! So wie bisher kann's nicht mehr weiter gehen! Diese Erkenntnis lebt in jedem Einzelnen! Ein Anfang ist gemacht zur Besserung! Die erste Schlacht ist geschlagen! Unser ist der Sieg! Sammlung aller Kräfte zur Preußenwahl! Von Krankheit zur Heilung! Vom Schmutz zur Reinheit! Auf zur Sammlung aller völkischen Kräfte! Vorwärts! Durch Nacht zum Licht!'

Und da sage noch einer, daß die „Macht der Phrase nicht schwindet"... Der Siegesjubel der Herrschaften grenzt allmählich ans Pathologische. —

Die Unabhängigen schweigen natürlich auch in Siegeswonne.

Soziale Versöhnung — die Aufgabe der Frauen.

Aus allen Teilen Deutschlands kommt die Nachricht, daß namentlich die Frauen sehr lebhaft an der Wahl teilgenommen haben. Wenn auch die stärkere Beteiligung vielleicht nicht überall prozentual zu verstehen, sondern durch das numerische Uebergewicht der weiblichen Wähler-schaft zu erklären sein wird, so ist es doch immerhin ein erfreuliches Zeichen des Verantwortungsbewußtseins, daß die Frauen ihrer Staatsbürgerpflicht in zahlenmäßig genügender Weise nachgekommen sind. Die Wählerinnen haben demnach also auch am Ausfall der Wahlen nach ihrer politischen Färbung entscheidenden Anteil gehabt.

Es liegt nun in der Natur der Frauen, von einer Entscheidung die sofortige Aenderung eines durch dieses beeinflußten Zustandes zu erwarten und in der Entscheidung selbst ohne weiteres die Bürgschaft der Aenderung zu erblicken. Wenn irgendwo, so trifft das in der Politik ganz gewiß nicht zu, und die schönsten Parteiprogramme von links oder rechts bleiben verschwendetes Papier, wenn sie nicht durch Persönlichkeiten verwirklicht werden, die dem Geist, den die Grundsätze vertreten, zum Leben verhelfen.

Die deutschen Wähler und Wählerinnen haben nun über den Wahlakt hinaus die Pflicht, sich um das Schicksal und die Gestaltung des deutschen Wirtschafts- und politischen Lebens zu kümmern; und an ihrem Teil mit dafür zu sorgen, daß die Parteiprogramme, die sie als Weltanschauungsdokumente zum Ausdruck eigener Ueberzeugung nahmen, auch zur Wirkung kommen.

Vor allem erwächst den deutschen Frauen nach dem mit unerhörter Schärfe geführten Wahlkampf die schöne Aufgabe, an der sozialen Versöhnung des Volkes mitzuarbeiten, der Grundlage, von der aus allein der innere Gesundungsprozeß möglich ist. Diese Arbeit am sozialen Ausgleich erfordert auch gar nicht die vielen Frauen — und nicht den Vertrotzen — unsympathische öffentliche Wirksamkeit, sondern sie läßt gerade die Wirksamkeit zu, die den größten Teil der Frauen die gemäßeste und erwünschteste ist: die an der Einzelpersönlichkeit, im Rahmen des eigenen Hauses und des eigenen Kreises. Auch hier bleibt viel zu tun, denn überall ist die Neigung zur Betonung der Gegensätze weit stärker, als der Geist der Versöhnlichkeit, das Gegeneinander mächtiger als das Miteinander. Und doch ist nach den Anspannungen der Wahlzeit mit ihren bis zu den äußersten Folgerungen des jeweiligen Standpunktes betonten Gegensätzen jetzt erste Notwendigkeit, daß das Gemeinsame betrachtet und das Trennende zurückgestellt wird. Im Geiste solcher Politik kann auch die unpolitische Hausfrau sich betätigen, die ja als Verbraucherin mit mancherlei Volksschichten in Berührung kommt und die namentlich auch da, wo männliche Kampfstimmung nicht zur Ruhe kommen will, durch versöhnenden und mildernden Einfluß langsam und fast unmerklich, dennoch aber sicher den inneren Heilungsprozeß des deutschen Volkes mit herbeiführen kann.

Vor allem aber gilt es, die Jugend dem Ziel der Volksversöhnung näher zu bringen, und nicht die Kluft, die sich aufgetan, durch schroffe Verneinung sozialer Forderungen breiter Volksmassen immer mehr zu erweitern.

Als Eigenpersönlichkeit, als Frau und Mutter sollte die deutsche Frau, einerlei, ob sie in öffentlicher Tätigkeit steht oder nur innerhalb ihres Hauses ihren Wirkungskreis sieht, das verbindende und vermittelnde Element zu sein, als ihre vornehmste und pflichtigste Arbeit am Ganzen betrachten.

D—t.

Kunst und Wissenschaft.

Auffindung einer unbekannten Partitur von Smetana. Aus Altenburg wird uns geschrieben: Hier ist eine bisher unbekannte Partitur von Smetana aufgefunden worden. Es handelt sich um die erste Fassung des Chorwerkes mit Orchester „Das böhmische Lied". Die Partitur zeigt im Gegensatz zur bisher bekannten und gedruckten Ausgabe ausgedehnte Vorspiele zu den vier abgeschlossenen Chorsätzen. Die Partitur befindet sich im Besitz des früheren Altenburger Hofkapellmeisters Rudolf Rolland.

Franz Werfel und die Berliner Musikhochschule. Ueber eine Berufung des Dichters Franz Werfel an die Berliner Musikhochschule wurde dieser Tage aus Prag berichtet. Die Meldung beruhte wohl darauf, daß seinerzeit der neue Leiter der Berliner Musikhochschule, Prof. Franz Schreker, die Errichtung von Lektoraten für Grenzgebiete der Musik wie ihr Verhältnis zur bildenden Kunst, zur Dichtung usw. anregte, ähnlich den Lektoraten an der Universität. — Von einer Berufung Werfels kann vorläufig keine Rede sein.

Ein Theaterskandal größten Umfangs und größter Art spielte sich bei der von den Hamburger Kammerspielen anläßlich der Einleitung ihres Sommerspielplanes im Curiohaus veranstalteten Erstaufführung von Heinrich Lautensacks „Pfarrhauskomödie" ab. Gleich im ersten Akt setzte Pfeifen, Schreien, Zischen ein. Rufe und Gegenrufe übertönten die Stimmen der Darsteller, unter denen Senta Berg als Königin an erster Stelle stand. Als sich dann sogar einige der robustesten Kampfhähne ihrer Rücke entledigten und in nunmehr ungehinderter Bewegungsfreiheit einen Box- und Faustkampf begannen, schritt ein Kommando der Sicherheitswehr ein. Von besonnenen, Anstand und Ruhe im Theater verlangenden Zuschauerelementen unterstützt, beförderte sie einige der Kämpfer an die frische Luft. Die hierauf fortgesetzte Aufführung verlief ungestört.

Eine Fritz-von-Unruh-Woche. Das Heidelberger Stadttheater veranstaltet im Herbst einen Zyklus, in dem die bedeutendsten dramatischen Werke Fritz v. Unruhs zur Aufführung gelangen. Den Abschluß der Vorstellungen soll ein Gastspiel des Frankfurter Schauspielhauses bilden, das unter Gustav Hartungs Regie die Zeitsatire „Platz" aufführen wird.

Eine thüringische Preisaufgabe. Für die Jubiläumsstiftung der Thüringer Städte hat der Senat der Universität Jena auf Vorschlag der juristischen Fakultät für dieses Jahr folgende Preisaufgabe gestellt: „Staatsrechtliche Würdigung der Verschmelzung der 7 thüringischen Staaten nach dem von diesen abgeschlossenen Gemeinschaftsvertrag nebst Nachträgen (1919 und 1920) und der Reichsverfassung." Den Preis bildet ein Stipendium in Höhe von 350 Mark. Bewerber müssen einer der siftenden thüringischen Städte angehören und an der Universität Jena immatrikuliert sein. Die Abhandlungen sind vor dem 15. Dezember d. J. an den Rektor der Universität einzureichen.

Erich Wolfgang Korngolds Bühnenmusik zu „Viel Lärmen um Nichts" erzielte bei der Uraufführung in Wien am Schönbrunner Schloßtheater einen durchschlagenden Erfolg. Korngolds Musik im Kammermusikstil voller Anmut und Melodie (16 Instrumente) sprüht von Witz und Laune, ganz wie es der Stoff verlangt. Die Aufführung von Mitgliedern des Burgtheaters, im alten Schloßtheater auf einer, der historischen Shakespeare-Bühne nachgebildeten primitiven Stilbühne, bedeutet einen Kunstgenuß erlesenster Art und darüber hinaus vorbildliche und richtungsgebende Gesichtspunkte für zukünftige Aufführungen des Werkes.

Gefährdung von Thüringer Orchestern? Aus Rudolstadt wird uns berichtet: Die erst im vorigen Jahr geschaffene Schwarzburger Landeskapelle in Rudolstadt hat, trotzdem sie erhebliche staatliche Zuschüsse erhält, derart mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, daß ihre Auflösung beabsichtigt wird. Ebenso ist das berühmte Loborchester in Sondershausen ernstlich bedroht. Man erwartet noch die Stellungnahme des künftigen Parlaments von Thüringen zu dieser Frage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200610017/fragment/page=0002

Dabei wird es Freunde von Humor — und wir rechnen uns dazu — erquicken, zu hören, wie ihr Organ in seiner neuesten Nummer mit ein paar scharfen Strichen gar nicht übel die Haltung der hallischen Presse zum Wahlausfall malt. Das „Volksblatt" schreibt:

„Die Saale-Zeitung schäumt, der Generalanzeiger schleimt, die Rechtspresse grient und die Volksstimme greint ..."

Aber am Schluß des Artikels hat die Herren Unabhängigen wieder ganz die Lust am Spaßen verlassen; da sind sie wieder die stolzen unentwegten Kämpfer, die die Welt und noch sieben Dörfer in Trümmer schlagen wollen: „Feste Entschlossenheit, vorbildliche Zielklarheit, seltene Einmütigkeit werden die hallischen Kämpfer auch in ferneren Wegstrecken die Spitzenkolonne bilden lassen. Sturmriemen herab! Wir binden den Helm zu neuen Kämpfen fester ..."

Ja, ja, die Sieger von rechts und links, es kann nett werden, wenn sie erst aneinander geraten. ++

Kein Sinken der Bücherpreise in Sicht. Aus Buchhändlerkreisen wird folgendes mitgeteilt: Die Hoffnungen auf ein baldiges Sinken der Bücherpreise werden sich leider in absehbarer Zeit schwerlich erfüllen. Zunächst sei betont, daß die Verteuerung bei Büchern keineswegs das Maß erreicht hat, wie bei anderen Warengattungen. Bücher sind heute, an den Preisen aller andern Waren, vor allem an der Verteuerung der Rohstoffe und der Erzeugungskosten gemessen, immer noch billig. Der Buchhandel ist im Interesse der Absatzfähigkeit seiner Erzeugnisse aus wohlüberlegtem Verantwortlichkeitsgefühl der allgemeinen Preissteigerung nur sehr zögernd gefolgt. Da die Papierpreise, Löhne und Gehälter, die sich im übrigen erst in der Preisbemessung für die jetzt herauskommenden Neuerscheinungen deutlicher auswirken, in absehbarer Zeit sicher keine wesentliche Verbilligung erfahren werden, wird auch eine Herabsetzung der Bücherpreise nicht möglich werden; im Gegenteil: man wird mit weiteren teilweise erheblichen Steigerungen rechnen müssen. Wer da hofft, bald billiger kaufen zu können, wird sich enttäuscht sehen.

Eine neue Gesindeordnung. Für die Hausangestellten Deutschlands besteht nach Aufhebung der Gesindeordnung kein einheitliches Recht, Streitigkeiten, die aus dem Arbeitsverhältnis entstehen, vor einem Arbeitsgericht zur Erledigung zu bringen. Desgleichen besteht keine Reichsverordnung über eine festgelegte Arbeitszeit und Ruhepausen. In Bayern gibt es bereits ein neues Hausangestelltenrecht, das eine zehnstündige Arbeitszeit nebst vierstündiger Ruhepause festlegt. Da es nach der Reichsverfassung Aufgabe der Gesetzgebung ist, ein einheitliches Arbeitsrecht zu schaffen, so hat die Reichsregierung die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes veranlaßt, der diesen Gegenstand regeln und sich insbesondere mit der Arbeitszeit der Hausangestellten und Hausgehilfen und mit der Entscheidung von Streitigkeiten befassen soll. Damit würde dann ein einheitliches Hausdienstrecht geschaffen werden.

Für den Postverkehr mit der von Dänemark besetzten ersten Zone des Abstimmungsgebietes Schleswig gelten vorläufig im allgemeinen noch die Versendungsvorschriften für den inneren deutschen Verkehr. Für Postsendungen jeder Art nach der ersten Zone werden dementsprechend die deutschen Inlandsgebühren erhoben. Eine Einschränkung ist indes dadurch eingetreten, daß der Zahlkarten- und Zahlungsanweisungsverkehr in der ersten Zone eingestellt worden ist und Postprotestaufträge nach diesem Gebiet nicht zulässig sind. Ferner müssen Pakete nach der ersten Zone Schleswigs von 2 Zollinhaltserklärungen, in deutscher Sprache, einem statistischen Anmeldeschein und einer Ausfuhrerklärung begleitet sein. Auf jedes Paket ist eine der beiden Zollinhaltserklärungen halbhar aufzukleben. Als Paketkarten sind Auslandsvordrucke zu verwenden. Für Pakete nach Spät gelten die Inlandsbestimmungen ohne Einschränkung weiter. Die Grenze zwischen der ersten und zweiten Zone des Abstimmungsgebiets Schleswig verläuft vorläufig längs einer Linie nördlich Holnis, Glücksburg, Mürwik Flensburg, Pattburg, Medelby, Ladelund, Süderlügum, Neukirchen, Klanxbüll und Sylt.

Der Vorstand des Reichsausschusses der Fernsprechteilnehmer teilte uns mit, daß am Donnerstag, den 10. Juni, nachmittags 3 Uhr im blauen Saale des Lehrervereinshauses in Berlin, Alexanderplatz, eine Generalversammlung abgehalten wird, zu der den Ausschußmitgliedern der bereits dem Reichsverband angeschlossenen Organisationen besondere Einladungen zugesandt sind. Außer diesen werden jedoch auch alle Fachverbände und sonstige Interessenten gebeten, wenigstens einen Vertreter zu senden, damit die in der Versammlung gefaßten Beschlüsse schnellstens verbreitet werden können, um noch rechtzeitig Maßregeln gegen die Erhöhung der Fernsprechgebühren ergreifen zu können. Als Referenten sind Direktor Dumstrey, Berlin, und Ziv.-Ing. Bischoff, Frankfurt a. Oder geworben worden. Anfragen sind an den vorläufigen Vorsitzenden Herrn Max Heyne, Frankfurt a. Oder, Bischofstr. 20, zu richten.

Der verprügelte Ankleber. Zu unserer neulichen Notiz wird uns mitgeteilt, daß der betreffende Schüler nicht von dem Besitzer des Grundstückes Neue Promenade 15 geschlagen wurde, sondern von einem Mitbewohner des Hauses.

Familien-Nachrichten

Geboren: Studienassessor Gutzeit (T.), Halle.

Verlobte: Nelly Weseler-Benselow, Steinsee — Gerhard Ritter, Halle. Anenne Nelius, Eismannsdorf — Otto Prange, Zschernhorf. Ilse Dehne — Diplomkaufmann Julius Ruel, Freiburg i. Br. Lotti Tittel — Stud. theol. Hermann Kötter, Halle.

Vermählte: Dr. phil. Johannes Weigelt — Anna Rogge, Halle. Dach- und Schieferdeckermeister Karl Koch — Martha Ernert, Halle. Kurt Zirkenbach — Gertrud Schurig, Halle. Hermann Münze — Lydia Stittrich, Halle. Karl Schmidt — Elly Pfeiffer, Halle. Max Vogler — Hedi Busch, Halle. Richard Steinmetz — Elly Lücke, Halle. Kurt Scheibe — Irmgard Hasselmann, Halle. Richard Günther — Anne Thiele, Halle. Hans Biesecker — Gertrud Schlaaff, Halle. Erich Wilk — Margarete Bär.

Gestorben: Schlosser Rudolf Meye, Nietleben. Emil Liebegott, Zuchau. Privatmann Gottfried Eckert, Halle. Museumsdiener Friedrich Becker, Halle. Friseurgehilfe Otto Mattern, Ammendorf. Minna Dönitz geb. Knauft, Dobis bei Wettin. Walter Wachsfeld, Passendorf. Subdirektor Karl Gäfser, Halle. Kohlenhändler Karl Meiling, Halle. Oberpostschaffner a. D. Robert Tinz, Halle. Tischler Georg Pohl, Halle. Hebamme Albertine Krüger geb. Morchel, Forst i. L. Emma Lautenschläger, Halle.

Vermischtes.

Ein Radikalmittel. Wegen eines Streiks der Hafenarbeiter, der eine Anhäufung von Frachten in Galveston zur Folge hat, hat der Gouverneur von Texas über Galveston den Belagerungszustand verhängt.

Nach Busch auch Stosch-Sarrasani. Kürzlich meldeten wir das Ende des berühmten Zirkus Busch in Berlin. Stosch-Sarrasani, der Eigentümer des Dresdener Zirkustheaters und der größten deutschen Wanderschau, beabsichtigt nun aus den gleichen Gründen wie Paul Busch seinen Betrieb im Herbst einzustellen. Er hält es für vorteilhafter, aus dem Arbeitgeber wieder ein Arbeitnehmer zu werden, und Engagements ins Ausland mit seinen Elefanten und Freiheitspferden und als Regisseur von Massenschaustücken anzunehmen. Er ist noch im Besitz eines großen Tierbestandes und hat zu allem sonstigen Ungemach noch unter den von der Spekulation in schwindelhafte Höhe getriebenen Futterpreisen zu leiden. Nebenbei sind zwei andere große deutsche Zirkusse, die beiden Hagenbeckschen Unternehmen, schon den Weg ins Ausland vorangegangen, sie reisen vorerst in Holland. — Welch düstre Zeichen der Zeit!

Rücktritt der ersten Groß-Berliner Stadträtin. Frau Stadtrat Ehna (Köpenick), die als sozialdemokratische Stadtverordnete in das Köpenicker Stadtparlament gewählt wurde und, ohne ihr Mandat als Stadtverordnete niederzulegen, zur Fraktion der Unabhängigen überging, will jetzt ihr Amt als Stadträtin niederlegen. Den Anlaß zu dieser Amtsmüdigkeit bildet eine „Unvorsichtigkeit", die, wie wir s. Zt. meldeten, darin bestand, daß sich Frau Ehna von dem für die Armen gelaufenen Stoff dreimal drei Meter abschneiden und sich von der städtischen Näherin zwei Jacken davon anfertigen ließ.

„Edelsteine." Auf dem Postamt Halensee gab am 2. Juni eine Frau Dr. St. einen Wertbrief über 200 000 Mark auf, der an einen Dresdener Juwelier gerichtet war und Schmuckachen im Werte von weit über 200 000 Mark enthielt. Der Wertbrief ist jetzt auch dem Empfänger ausgehändigt worden, doch befanden sich darin anstatt der abgesandten Juwelen drei kleine Schottersteine, wie sie an Bahndämmen zu finden sind. Von den acht Siegeln erwiesen sich fünf als beschädigt, nur drei waren unversehrt. Der Brief ist also zweifellos auf der Post erbrochen und beraubt worden. Die Kriminalpolizei geht einer bestimmten Spur nach, die bald Aufklärung bringen dürfte.

Schade um die Lebensmittel. Nachts entstand in Weißensee in dem Baracklager des ehemaligen 1. Garde-Regiments an der Ecke der Langhans- und Röllestraße, vermutlich infolge Brandstiftung, ein großes Feuer. In dem Lager befanden sich die Büros der Erwerbslosenfürsorge des Magistrats, die von der Gemeinde eingerichteten Volksspeiseküchen und Vorratsräume für die Massenspeisung, sowie für die Speisung der Lauser. Gegen 4¼ Uhr morgens standen die Baracken vollständig in Flammen. Als man die Feuerwehr benachrichtigen wollte, stellte es sich heraus, daß der nächste Feuermelder an der Ecke der Röllestraße nicht gebrauchsfähig war. Unbekannte Täter hatten kurz vorher die Telephoneinrichtung und andere Teile des Feuermelders herausgerissen. Der Nachtwächter war zunächst nicht zu finden, er lag krank in seiner Wohnung im Bett. Die freiwillige Feuerwehr mußte sich nun in ihrer verspäteten Ankunft darauf beschränken, die angrenzenden Gebäude, eine Schule, einen Steigerturm der Feuerwehr und mehrere Wohnungsgebäude zu schützen. Auch die Berliner Feuerwehr war machtlos und rückte bald wieder ab. Es sind u. a. verbrannt die Vorräte für die Speisung von 2800 Kindern, ferner für 500 Erwachsene, außerdem 60 Kisten Milchkonserven, 100 Zentner Kartoffeln, mehrere hundert Zentner Kohlen, 8 Zentner Schmalz, 55 Sack Mehl, ferner Maschinen, Möbel und Einrichtungsgegenstände aller Art. Infolgedessen muß die Massenspeisung in den nächsten Wochen ausfallen.

Wettersturz. Im gesamten Hochschwarzwald ist ein schwerer Wettersturz eingetreten. In den Bergen über 1000 Meter ist Neuschnee gefallen. Nachtfröste gefährden die Heidelbeerernte. Auch in den Vogesen sind die Berge mit Neuschnee bedeckt. Im Alpengebiete hat sich Frost bis zu 10 Grad eingestellt. Auf den Bergen liegt ½ Meter Neuschnee.

Der grauenvolle Mord an dem Berliner Oberlehrer Dr. Hemberger ist nunmehr völlig aufgeklärt worden. Der Mörder der Monteur Protze, hat nach langer Vernehmung ein umfassendes Geständnis abgelegt, wonach er auf Anstiften der Frau Hemberger den Mann ermordet hat. Die Zerstückelung der Leiche ist, wie der Mörder angibt, von der Frau des Ermordeten ausgeführt worden! Die zerstückelte Leiche ist dann auf dem Tempelhofer Felde vergraben worden. In Anwesenheit des Mörders wurde am Montag die zerstückelte Leiche auf dem Tempelhofer Felde ausgegraben.

Deutscher Schneid. Ein japanischer Seemann, Yamamoto, zog mit mehreren Landsleuten auf eine Pierreise in Billmärder Ausschlag bei Hamburg. Als die Polizeistunde naht und der Reise ein Ende zu machen drohte, zieht der Mann aus dem Lande der aufgehenden Sonne nach dem Seemannsvermittlungsbüro, in der Annahme, das hier, wie in seiner Heimat, für die Seeleute eine Kneipe besteht, wo er nach Herzenslust zechen könne. Doch die Tür zu dem Büro war zu. Auf wiederholtes Pochen erhielt er keine Antwort. Der Japaner, in der Meinung, man wolle ihm nicht öffnen, geriet plötzlich in Wut und trat mit dem Fuße die Spiegelscheibe in der Tür entzwei. Er wurde in Haft genommen und hat nun die Scheibe im Werte von etwa 6000 Mk. zu ersetzen.

Letzte Depeschen.

Die parlamentarische Lage.

R. Berlin, 9. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) **Wie wir erfahren, ist die parlamentarische Lage nach wie vor ungeklärt, so daß man auf eine schnelle Lösung kaum hoffen darf. Zweifellos werden die Unabhängigen den Eintritt in die Koalition ablehnen. Der Plan eines koalierten Wirtschaftskabinetts, der von einem Berliner Blatt zur Erörterung gestellt wird, wird von sozialdemokratischer Seite als ein Probeballon der Deutschen Volkspartei bezeichnet, die ja von jeher den Gedanken eines Kabinetts von Persönlichkeiten aus dem Wirtschaftsleben vertreten hat. Die Sozialdemokraten wollen jedoch davon nichts wissen. Ebenso bezeichnen auch führende Mitglieder der Deutschdemokraten den Plan eines Wirtschaftskabinetts als nicht durchführbar. Man lehnt aber in Kreisen der Demokratischen Partei auch den Eintritt in eine rein bürgerliche Koalition nach wie vor ab. Inzwischen scheint sich allgemein die Ansicht mehr und mehr durchzuringen, daß sich die Bildung einer neuen Koalition vielleicht erübrigt und die alte unter Zuziehung bald dieser und bald jener Partei, das heißt mittels des Systems der wechselnden Majorität, die Regierung weiterführen könnte. Natürlich wäre auch dieser Weg, zumal bei der jetzigen große Gefahren bergenden innerpolitischen Lage nur sehr schwer gangbar.**

R. Berlin, 9. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) **Das „Echo de Paris" läßt sich aus Berlin melden, daß man mit einer Wiederkehr einer bürgerlich-nationalen Regierung zu rechnen habe. Es wird versichert, daß auch eine bürgerlich-nationale Koalition sich unbedingt auf den Boden des Versailler Vertrages stellen wird. Wenigstens lassen bestimmte Erklärungen der Führer der bürgerlichen Parteien keinen Zweifel hierüber. Damit entfällt für Frankreich die Besorgnis wegen des monarchistischen Wahlersolges auf den Friedensvertrag.**

Auflösung des neuen Reichstages und Neuwahlen?

Berlin, 9. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Entgegen den bisherigen Meldungen wird der Reichskanzler Hermann Müller erst am Freitag mit der Kabinettbildung betraut werden. Er wird sich wahrscheinlich darauf beschränken, mit den Vertretern in Verhandlungen einzutreten, denn für ihn kommt nur eine Verbreiterung der Koalition nach links in Frage. Da die Unabhängigen ablehnen werden, wird Reichskanzler Müller den Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurückgeben. Der Reichspräsident wird sich dann zunächst an den Zentrumsführer Trimborn wenden, dessen Kabinettbildung bei den Unabhängigen aber auf die gleichen Schwierigkeiten stoßen wird. Darauf wird der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann mit der Kabinettbildung betraut werden, und es ist als sicher anzunehmen, daß Dr. Stresemann sich bemühen wird, aus der Volkspartei, dem Zentrum, den Demokraten und Sozialdemokraten eine Regierung zu bilden. Es kommt dann alles auf die Demokraten und Sozialdemokraten an. In der demokratischen Fraktion besteht bei einem Teil der Abgeordneten Geneigtheit, sich dieser Koalition anzuschließen. Dagegen wird die Haltung der Sozialdemokraten immer ablehnender. Reichspräsident Ebert hat am Dienstag und Mittwoch von hervorragenden Mitgliedern der bisherigen Koalition und von sozialdemokratischen Führern die nachdrückliche Erklärung empfangen, daß sie an ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei nicht denken. Der sozialdemokratische Parteiausschuß am Sonntag wird einen gleichen Beschluß fassen, so daß auch die Mission Dr. Stresemanns sich noch kurzer Zeit als aussichtslos herausstellen wird. Man steht dann vor lauter Unmöglichkeiten. Die alte Koalition hat eine kleine Mehrheit, ist aber regierungsunfähig. Ebensowenig ist zu denken an eine rein bürgerliche Regierung, schon weil die Demokraten mit den Deutschnationalen niemals zusammengehen wollen. Daher ist der Gedanke einer Auflösung des eben gewählten Reichstages auftaucht und beschäftigt ernste und verantwortliche Kreise. Man will den Wählern nochmals Gelegenheit geben, ihren Willen deutlich zu erklären, hat aber auf ein anderes Wahlergebnis auch keine große Hoffnung, da nicht anzunehmen ist, daß Neuwahlen nach so kurzer Frist ein wesentlich anderes Ergebnis haben werden, als die Wahlen vom Sonntag. Man erwägt ferner eine Regierung aus Fachministern, in der sämtliche Parteien vertreten sein sollen. Aber auch hier werden wahrscheinlich die beiden sozialistischen Parteien und auch die Demokraten nicht mitmachen. Daher wird nichts anderes übrig bleiben, als die alte Koalition mit Fachministern aus der Deutschen Volkspartei und unter wohlwollender Unterstützung dieser Partei. Es besteht die leise Hoffnung, daß die Sozialdemokraten wenigstens dieses Zugeständnis über die bisherige Koalition hinaus geben werden.

Die braunschweigische Regierungsbildung.

Braunschweig, 9. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) **Die Bildung der Regierung in Braunschweig beginnt mit großen Schwierigkeiten. Die Unabhängigen, die mit den Sozialdemokraten die Mehrheit im Landtag haben, lehnten die Regierungsbildung ab. Die Beratungen mußten auf Donnerstag vertagt werden. Die Mehrheitssozialisten gaben folgende Erklärung ab: Wir hatten den Auftrag, für eine rein unabhängige Regierung einzutreten, der wir im Landtag alle Unterstützung zuteil werden lassen wollten, wenn sich diese Regierung im Sinne einer rein sozialistischen Politik auf den Boden des Erfurter Programms bewegte. Da aber die Rechtstehenden die Bildung einer unabhängigen Regierung ablehnen, infolgedessen weitere Verhandlungen zur Neubildung der Regierung abzuwarten sind, widersprechen wir dem Vertagungsantrag nicht.**

Die deutschen Wahlen und die Konferenz in Spa.

WTB. Paris, 9. Juni. (Drahtnachricht.) Das „Journal" und der „Petit Parisien" sprechen heute von der Möglichkeit einer nochmaligen Verschiebung der nun auf den 5. Juli festgesetzten Konferenz von Spa. „Journal" stellt sogar die Frage, **ob man überhaupt nach Spa gehen solle,** ob nicht die Lage, die durch die deutschen Reichstagswahlen geschaffen ist, ohne von anderen Hindernissen zu sprechen, **den Weg nach Spa versperre.** Nach dem „Petit Parisien" müsse man ohne falschen Pessimismus feststellen, daß die Alliierten von einem wirklichen Einverständnis untereinander **noch weit entfernt sind.**

Streikdrohung der ostpreußischen Eisenbahnangestellten.

Königsberg, 9. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Beamten und Arbeiter der ostpreußischen Eisenbahnen erheben die Forderung, ihnen bis zum 15. d. Mts. die Gleichstellung mit den Beamten und Arbeitern der Staatseisenbahnen zuzusichern. Im Falle der Ablehnung drohen sie mit allgemeiner Betriebseinstellung. Diese würde eine schwere Schädigung für die ostpreußischen Badeorte bedeuten.

Ein Milchlieferungsstreik.

WTB. Frankfurt a. M., 9. Juni. (Drahtnachricht.) In den Landkreisen Höchst und Wiesbaden ist heute die Bauernschaft in einen Milchlieferungsstreik eingetreten. Die Arbeiterschaft ist entschlossen, die Milchlieferung zu erzwingen. An einzelnen Stellen ist es bereits zu Tätlichkeiten gekommen.

Absturz einer Förderschale.

WTB. Beuthen (Oberschlesien), 9. Juni. Auf dem Aschenbornschacht der Antonienhütte stürzte heute früh infolge Versagens der Bremsvorrichtung eine Förderschale mit 32 Bergleuten ab. 30 Mann trugen zum großen Teil schwere Verletzungen davon.

Provinzial-Nachrichten.

Kanal Grödel—Elsterwerda—Senftenberg.

Von einem Arbeitnehmerverband der Binnenschiffahrt war angeregt worden, unter Benutzung des alten Grödel—Elsterwerdaer Floßkanals und der Schwarzen Elster einen Schiffahrtsweg von der Elbe nach dem Senftenberger Kohlengebiet herzustellen, damit unabhängig von der Eisenbahn eine ausgiebigere Versorgung der sächsischen Verbrauchsgebiete mit Senftenberger Kohle eintreten könne. Die Schiffahrtsabteilung beim Reichsverkehrsministerium unterbreitete der Dresdner Handelskammer diese Anregung mit dem Ersuchen, sich über das Bedürfnis nach einer solchen Kanalanlage und über deren Wirtschaftlichkeit gutachtlich zu äußern. Die Kammer sprach sich auf Grund eingehender Erörterungen gegen den Plan aus. Die Wiederinstandsetzung des Grödel—Elsterwerdaer Floßkanals würde unter den heutigen Verhältnissen Jahre dauern. Die ganze Kanalstrecke müßte gehörig erweitert werden, um den Kanal wenigstens für die kleinsten der jetzt gebräuchlichen Schiffe befahrbar zu machen. Nach so langer Zeit würde aber wahrscheinlich der Wagenmangel bei der Eisenbahn mehr oder weniger behoben und der Wunsch nach einer besseren Versorgung mit Kohle, der jetzt im Vordergrunde steht, dürftedigt sein.

Naumburg, 9. Juni. (Der Großschieber in der Falle.) **Ein angesehener Kaufmann aus der Umgegend äußerte vor etwa einem halben Jahre einem Eisenbahnbeamten**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200610017/fragment/page=0003

gegenüber die Absicht, Lebensmittelschiebungen in größerem Stile mit ihm unternehmen zu wollen. Der Gewinn sollte beiden zu gleichen Teilen gehören. Der Eisenbahnbeamte teilte diese Absicht sofort seiner vorgesetzten Behörde mit, die ihn dann beauftragte, scheinbar auf das Manöver einzugehen. Die beabsichtigte Ausführung zog sich monatelang hin. Erst am Ende vergangener Woche erschien dann der Betreffende, um mit dem Eisenbahnbeamten die Schiebung des Waggons mit Lebensmitteln (Schmalz) an eine von ihm bereits benachrichtigte Firma durchzuführen. Die Polizei war aber auch benachrichtigt worden. Die Uebergabe der gefälschten Frachtbriefe erfolgte durch den Eisenbahnbeamten an den unreellen Kaufmann, der hierauf jenem einen Wechsel über 100 000 Mark als vorläufige Belohnung in die Hand drückte. Am Postschalter wurde dann der Schieber, als er eben im Begriffe war, die Firma von der Absendung des Waggons in Kenntnis zu setzen, von der Polizei festgenommen.

Halberstadt, 9. Juni. (Die Ausgaben der Stadt Halberstadt,) die von rund 11½ Millionen im Jahre 1919 auf über 26 Millionen für das Jahr 1920 gestiegen sind, bedingen folgende Steuersätze: Die Gemeindegrundsteuer soll 5 v. T. für bebaute Grundstücke und 10 v. T. für unbebaute Grundstücke betragen. Die Gemeindegewerbesteuer soll auf 400, 350, 300, 250 v. H. der nach der Gemeinde-Gewerbesteuer-Ordnung festzustellenden Steuersätze angesetzt werden. Die Betriebssteuer wird 100 Proz. betragen. Diese Steuern müssen deshalb so stark in Anspruch genommen werden, weil die Einnahmequelle, die sonst am ergiebigsten war, nämlich die Gemeindeeinkommensteuer, durch die Reichsgesetzgebung unmöglich gemacht wurde. Auch nach Einsetzung aller Mehreinnahmen verbleibt im Haushaltsplan noch ein ungedeckter Betrag von 4 760 000 Mark. Nur etwa 1 300 000 Mark konnten durch Erschließung weiterer Steuereinnahmen aufgebracht werden, während etwa 3 460 000 Mark durch Steigerung der Preise für Gas, Wasser und elektrischen Strom beschafft werden müssen. Bei den indirekten Steuern sind die Schankerlaubnissteuer, die Wertzuwachssteuer und die Lustbarkeitssteuer erhöht.

Koburg, 9. Juni. (Festnahme eines Bankbeamten.) Die hiesige Polizei nahm einen Bankbeamten Lünecke aus Berlin fest, der bei einer dortigen Bank 80 000 Mark unterschlagen hatte. Er nannte sich Dr. Harmann und machte mit einer Kabarettsängerin Vergnügungsreisen. In seinem Besitze befanden sich nur noch 41 Mark, alles übrige hatte er verjubelt.

Braunschweig, 9. Juni. (Streik bei den Braunschweigischen Landeseisenbahnen.) Die Beamten und Arbeiter der Braunschweigischen Landeseisenbahnen, umfassend die Linien Braunschweig—Seesen und Braunschweig—Fallersleben sowie der Braunschweig-Schöningen-Dichersleben Eisenbahn sind heute in den Ausstand getreten. Sie fordern die Reichsbesoldung. Der Zugverkehr ist eingestellt. Es werden nur Milchzüge gefahren.

Sport der „Saale-Zeitung".

Hallescher Schwimmverein von 1902.

Heute abend 7 Uhr in der Hofmannschen Badeanstalt Meldeschluß zu dem am Sonntag, den 13. Juni, stattfindenden Fahrtenschwimmen. Anschließend Zusammenkunft der als Preisrichter, Bootsführer usw. tätigen Mitglieder. Zahlreiches Erscheinen auch der übrigen Mitglieder erwünscht, da die Hilfe aller zum Gelingen der Veranstaltung dringend erforderlich ist.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Schultheiß-Patzenhof?

Nach Mitteilungen von zuständiger Seite schweben zwischen den beiden großen deutschen Brauereien, der Schultheißbrauerei und der Patzenhoferbrauerei in Berlin Verhandlungen wegen eines Zusammenschlusses. Diese sind hauptsächlich dadurch veranlaßt worden, daß beide Unternehmungen ein ausgedehntes Netz von Niederlassungen besitzen, deren Bedienung bei der außerordentlichen Steigerung der Frachtsätze und sonstigen Betriebskosten einen Zusammenschluß erwünscht erscheinen lassen. Auch die Möglichkeit eines rationellen Ausgleichs innerhalb des Betriebs und der Verkaufsorganisationen läßt die Durchführung eines Zusammenschlusses zweckmäßig und vorteilhaft erscheinen.

Anmeldung deutscher Güter, Rechte und Interessen im Gebiete des britischen Reichs.

Die englische Regierung hat von der deutschen Regierung Auskunft über alle deutschen Güter, Rechte und Interessen im Gebiet des britischen Reiches verlangt. Dieses Verlangen stützt sich auf § 10 der Anlage zu Artikel 298 des Friedensvertrages, wonach Deutschland verpflichtet ist, jegliche Auskunft über Güter, Rechte und Interessen seiner Angehörigen im Gebiet der alliierten und assoziierten Mächte zu erteilen. In einer Bekanntmachung des Reichsministers für Wiederaufbau vom 2. Juni 1920 (Reichsanzeiger Nr. 120) ist auf Grund des Auskunftspflichtgesetzes vom 8. Mai 1920 (Reichsgesetzbl. S. 939) angeordnet, daß deutsche Reichsangehörige einschließlich der in Deutschland ansässigen juristischen Personen und Gesellschaften alle diese Güter, Rechte und Interessen im Gebiet des britischen Reiches, einschließlich der Kolonien, Besitzungen und Protektoratsländer, anzumelden haben, soweit sie nicht bereits auf Grund der Bekanntmachung über die Anmeldung und Beschlagnahme von Urkunden und Wertpapieren vom 12. Mai 1920 (Reichsanzeiger Nr. 102) angemeldet oder anzumelden sind.

Insbesondere sind anzumelden alle Beteiligungen an Unternehmungen, jeglicher Grundbesitz, Pachtrechte und alles sonstige Eigentum in den oben bezeichneten Gebieten.

Der Anmeldepflicht unterliegen nicht Güter, Rechte und Interessen, die deutsche Reichsangehörige nach dem 12. Juli 1919 erworben haben, sowie solche in den durch den Friedensvertrag abgetretenen deutschen Schutzgebieten. Ferner sind von der Anmeldepflicht bis auf weiteres die Wertpapiere ausgenommen, die sich am 10. Januar 1920 in den oben bezeichneten Gebieten befanden. Nicht besonders erwähnt, aber den Wertpapieren gleichzustellen sind Geldforderungen, insbesondere Bankguthaben, gleichviel ob sie beim Reichsangleichsamt anzumelden sind oder nicht.

Die Anmeldung hat bis zum 21. Juni d. J. beim Reichskommissar für Auslandsschäden, Berlin-Zehlendorf, Am Urban, zu erfolgen. Vordrucke sind dort und bei den Handelskammern erhältlich.

Von der Hamburg-Amerika-Linie.

Zur Erläuterung des bereits gemeldeten Abkommens der Hamburg-Amerika-Linie mit dem Harriman-Konzern gehen uns von der Verwaltung der Gesellschaft noch folgende Nachrichten zu, die auf den in den Newyorker Zeitungen veröffentlichten Mitteilungen beruhen:

Die Hamburger Direktoren haben ursprünglich nur mit der Firma H. A. Harriman & Co. verhandelt. Nachdem diese Verhandlungen zum Abschluß gelangt waren, wurde es für wünschenswert erachtet, die Kerr-Linie mit in das Abkommen einzubeziehen. Dies wurde dadurch ermöglicht, daß der Harriman-Konzern sich in den Besitz des überwiegenden Teiles der Aktien der American Ship and Commerce Corporation setzte, die ihrerseits die Kerr-Linie kontrolliert. Aeußerlich wird die Finanztransaktion dadurch gekennzeichnet, daß H. A. Harriman als Präsident an die Spitze der American Ship and Commerce Corporation tritt, in deren Leitung zwei weitere Vertreter seines Konzerns abgeordnet werden.

Häute-, Leder- und Schuhbörsentage in Leipzig.

Der Vorstand der Häute-, Leder- und Schuhbörse in Leipzig schreibt: „Unter Vorsitz der Leipziger Handelskammer haben mehrmals Besprechungen stattgefunden mit Vertretern der Häute- und Fellbranche, der Lederfabrikation, des Lederhandels, der Schuhwarenindustrie, Fabrikation und Handel, der Lederwaren- und Treibriemenfabrikation. Danach ist die regelmäßige Abhaltung von Häute-, Leder- und Schuhbörsen beschlossen worden. Die Börsen werden in Leipzig jeden ersten Donnerstag im Monat abgehalten werden. Die erste Börse findet Donnerstag, den 1. Juli, statt, von 11 bis 1 Uhr mittags. Hierzu besonders eingeladen sind die Angehörigen der vorgenannten Geschäftszweige aus dem Freistaat Sachsen, der Provinz Sachsen und Großthüringen. Selbstverständlich haben auch alle anderen deutschen Kollegen Zutritt. Ein Eintrittsgeld soll vorläufig nicht erhoben werden. — Als erster Vorsitzender wurde Carl Tade in Firma F. Weinoldt & Lange, Leipzig, als zweiter Vorsitzender Kommerzienrat Alfred Naumann in Firma Gebr. Naumann, Leipzig, gewählt."

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 9. Juni. Das endgültige Wahlergebnis hat die Schwierigkeit der Neubildung der Regierung mit aller Schärfe hervortreten lassen und die hierdurch geschaffene Unsicherheit gab der Börse weiter Veranlassung zur Zurückhaltung. Nur wenige Umsätze fanden, anfangs bei unreelemäßiger Kursgestaltung, statt. Die Veränderungen waren meist bedingt durch die Geringfügigkeit der Umsätze, wobei Deckungen mehrfach verhältnismäßig ansehnliche Kurssteigerungen hervorriefen. Für Hüttenaktien regte die Zeitungsmeldung über die Verhandlungen der Gesellkirchener Bergwerk-Aktiengesellschaft mit der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft zum Zweck der Herbeiführung einer Interessengemeinschaft zu Käufen an, wovon insbesondere Phönix und Bochumer profitierten. Von oberschlesischen Werten fiten Oberschles. Eisenindustrie um mehr als 17 Prozent. Den Besserungen standen aber auch einige erhebliche Abschwächungen gegenüber. So verloren Lothringer Hütte 11 Prozent. Farbwerte hatten feste Tendenz. Badische Anilin gewann 9. Höchster ebenfalls 9 Prozent. Kolonialpapiere schwächten sich ab. Schiffahrtsaktien wurden niedriger angesetzt, mit Ausnahme von Argo, die 10 Prozent gewannen. Norddeutscher Lloyd verlor 5 Prozent auf die Mitteilung über das Abkommen mit der United Steamship Company. Am Anlagemarkt trat keine Veränderung ein.

Devisenkurse.

Berlin, 9. Juni

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen gestalten sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam - Rotterdam	1448,50	1451,50	1511,00	1514,00
Brüssel-Antwerpen	317,15	317,85	324,65	325,35
Christiania	704,30	705,70	729,25	730,75
Kopenhagen	669,30	670,70	679,30	680,70
Stockholm	856,60	858,40	879,10	880,90
Helsingfors	179,80	180,20	192,30	192,70
Italien	229,75	230,25	229,75	230,25
London	153,80	154,20	159,80	160,20
New York	39,075	39,175	40,20	40,30
Paris	304,70	305,30	312,20	312,80
Schweiz	714,35	715,70	731,75	733,25
Spanien	634,35	635,65	656,85	658,15
Wien (alte)	—	—	19,93	20,07
(Deutsch-Oest. abgest.)	28,22	28,28	28,47	28,53
Prag	88,55	88,85	90,15	90,35
Budapest	22,47	22,53	22,22	22,28
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbericht.

Berlin, 9. Juni. Am Produktenmarkt schwächte sich Hafer, namentlich inolge Angebots aus Schlesien, ab, befestigte sich aber später wieder. Hülsenfrüchte litten gleichfalls unter Angebot. Größeres Geschäft entwickelte sich in ausländischen Bohnen. Heu wurde reichlich angeboten. Stroh war sehr schwer verkäuflich. Wetter trübl.

Berlin, 9. Juni. Amtliche Notizen. Preis für 1000 Kg. in Mark: Inländ. Hafer loko ab Speicher frei Wagen —, loko ab Bahn —, sofortige Abladung ab Abladestation 2740—2790. Tendenz befestigt.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt in Leipzig.

In der gestrigen Bilanzsitzung des Instituts wurde beschlossen, für 1919 eine Dividende von 9 (8) Prozent vorzuschlagen. Der Rohgewinn stellt sich auf 47 204 972 (27 242 607) Mark, hierzu tritt der Vortrag mit 432 998 (483 786) Mark. Von dem Rohgewinn gehen ab: Handlungsunkosten mit 22 813 748 (11 486 029) Mark, Abgaben mit 7 733 971 (3 721 689) Mark. Danach verbleibt ein Reingewinn von 16 572 263 (12 353 414) Mark. Laut Geschäftsbericht setzte Hand in Hand mit den erhöhten Umsätzen ein lebhaftes Kreditbedürfnis der Kundschaft ein, das bei dem reichlichen Zufluß fremder Gelder leicht befriedigt werden konnte. Die fremden Gelder stellten sich Ende Dezember 1919 auf 1372 (1163) Millionen Mark, wobei zu berücksichtigen ist, daß infolge des starken Kreditbedarfes der sächsischen Industrie, insbesondere in den letzten Monaten sehr erhebliche Beträge aus besehenden Guthaben abgehoben wurden. Die stündige Ausdehnung des Wirkungskreises der Bank legte ihr den Wunsch nahe, die eigenen Mittel zu verstärken. Sie hat daher in der außerordentlichen Generalversammlung vom 24. März d. J., das Aktienkapital um 35 auf 100 Mill. Mark erhöht. Das Effektengeschäft, das im ersten Semester verlustbringend war, hat sich im zweiten Semester besser gestaltet. An Zinsen und auf Wechselkonto wurden 33,33 (20,11), an Provisionen 12,28 (5,60), von Wertpapieren 1,49 (1,07) Millionen Mark vereinnahmt. In der Bilanz erscheinen Kassekupons von Guthaben mit 109,59 (89,44), Wechsel- und Schatzanweisungen mit 486,67 (501,89), Guthaben bei Banken mit 142,36 (128,23), Lombards mit 73,51 (59,08), Vorschüsse auf Waren mit 22,18 (10,54), Effekten mit 46,64 (58,91), Debitoren mit 734,01 (505,47), Konsortialgeschäfte mit 20,28 (14,52), Kreditoren mit 1372,44 (1162,86) und Akzepte mit 75,48 (29,76) Mill. Mark.

Die Eisenbahnsignalbauanstalt Max Jüdel & Co. Aktiengesellschaft in Braunschweig schlägt 4 Prozent vor.

Allgemeine Deutsche Kleinbahn-Akt.-Ges. in Berlin. Die Gesellschaft erzielte im Jahre 1919 einen Bruttogewinn von 1,72 (i. V. 2,05) Millionen Mark, dagegen erforderten Zinsen 570 000 (573 000) Mark, Verwaltungskosten 498 000 (323 000) Mark, Steuern 116 000 (78 000) Mark, Abschreibungen auf Wertpapiere 413 000 (459 000) Mark und Rückstellungen für die Wiederinstandsetzung der Bahnanlagen 100 000 (0) Mark. Aus dem verbleibenden Ueberschuß von 57 000 (753 000) Mark werden, wie bereits gemeldet, 40 000 wieder zur Verfügung an Beamte verwandt und 17 000 (78 000) Mark neu vorgetragen (i. V. 5 Prozent Divid.). Nach dem Bericht des Vorstandes ist es nicht möglich gewesen, die Einnahmen im gleichen Verhältnis zu den Ausgaben zu erhöhen, was dadurch bedingt ist, daß die Tarife erst bedeutend später nach Erhöhung der Betriebsausgaben wirksam heraufgesetzt werden können. Im allgemeinen läßt sich erkennen, daß man bezüglich der Erhöhung der Tarife an der Grenze des Möglichen angelangt ist, so daß bei weitersteigenden Ausgaben ein Ausgleich nur durch wesentliche Einschränkung der Betriebsleistungen zu erreichen sein wird. Die zukünftigen Verhältnisse lassen sich daher nicht übersehen, sie sind dadurch noch schwieriger, daß das Reich in der Lage ist, trotz der Unterbilanz weiter zu wirtschaften, während dies bei den Privatunternehmen nicht möglich ist. Die Gesellschaft hat ihren Besitz an Aktien der elektrischen Kleinbahn im Mansfelder Bergrevier mit einem Buchverlust von 497 000 Mark verkauft, da sie eine noch wesentliche Verschlechterung des Unternehmens befürchtete.

Die erste Lokomotive bei Rheinmetall. Bei der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf, die seit einiger Zeit auch die Herstellung von Lokomotiven begonnen hat, wurde nunmehr die erste Lokomotive fertiggestellt, die in den nächsten Tagen in Betrieb gesetzt werden soll.

+ **Wagenstellung.** Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle (S.) (einschließlich der anschließenden Privatbahnen) wurden am 8. 6. für Kohlen, Koks, Briketts und Naßpreßteine gestellt 5794 Wagen zu 10 To., nicht gestellt 1127 Wagen zu 10 To.

W. In der Aufsichtsratssitzung der Rositzer Braunkohlenwerke, A.-G., Rositz, Sachsen-Altenburg, ist beschlossen worden, der auf den 2. Juli einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung den Antrag zu unterbreiten, gegen Gewährung von nominell 2 500 000 Mark neuer Aktien der Rositzer Braunkohlenwerke mit Dividendenberechtigung ab 1. Juli 1920 mehrere Objekte aus dem Besitz der Deutschen Erdöl-Aktiengesellschaft in Berlin zu erwerben.

Woba Wohnungsbau-A.-G. Unter diesem Namen wurde in Leipzig eine neue Aktiengesellschaft gegründet, die sich Siedlungsunternehmungen zur Aufgabe gestellt hat. Die näheren Bedingungen betreffend Grundkapital, Aufsichtsrat usw. sind noch nicht bekannt.

Versicherungsgesellschaft Thuringia in Erfurt. Der Verwaltungsrat hat beschlossen, in der auf den 3. Juli d. J. einzuberufenden Generalversammlung für das Geschäftsjahr 1919, welches mit einem Verlust abschließt, unter Heranziehung von Rücklagen die Verteilung einer Dividende von 200 Mark (i. V. 400 Mk.) für die Aktie in Vorschlag zu bringen.

Continentale Neederei A.-G. in Hamburg. In der Generalversammlung wurde die Dividende auf 6 Proz. festgesetzt gegen die Stimme eines Aktionärs, der unter Verkürzung der Abschreibungen 10 Pros. gefordert hatte. Ueber die Geschäftslage wurde mitgeteilt, daß sie sich seit Abfassung des Berichtes günstiger gestellt habe, weil es durch Verhandlungen mit der Entente-Kommission in London gelungen sei, den Dampfer „Varna" sowie einen in Lübeck im Bau befindlichen Dampfer von der Abtretungspflicht zu befreien. Sie werden in etwa drei Monaten in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden.

Mannheimer Lagerhaus-Gesellschaft. Die Verwaltung bringt für 1919 die Verteilung von 8 Prozent Dividende (wie i. V.) in Vorschlag.

Berliner Börse

vom 9. Juni 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:		Chem. Griesheim	299,50
4½ % Disch. Schatzsch VI—IX	75,50	Chem. Heyden	315,00
5% Disch. Reichsanl.	79,75	Consolidation Schalk	570,00
4% „ „	74,20	Cröllwitzer Papierfbk	—
3½% „ „	66,90	Daimler Motoren	214,00
3% „ „	65,80	Deutsche Luxemburg	277,00
4% Preuß. Konsols	74,75	Deutsche Erdöl	767,00
3½% „ „	63,10	Deutsche Gasglühl.	733,00
3% „ „	58,70	Deutsche Kali	490,00
4% Charl. Stadtanl. 89/99	106,40	Deutsche Waffen und Mun.	415,00
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	—	Donnersmarckhütte	380,00
4% „Sächs. Neulandsch Pfdbl.	—	Döring & Lehrmann	235,00
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbl.	100,50	Dürrkoppwerk	131,25
4% Preuß. Hyp. Bk. Pfdbl. 1911	100,25	Engelhardt-Brauerei	410,00
4½% Dess. Gas Oblig	103,00	Elberfelder Farben	239,50
4½% Dessauer Gas Obl.	97,00	Felten & Guillaume	375,00
Ausländ. Werte:		Gasmotoren Deutz	394,00
4% Oesterr. Kronenrente	26,40	Gebhard & Co.	179,50
4% Ungar. Goldrente	63,50	Gebhard & König	—
4% Ungar. Kronenrente	30,50	Gelsenkirchen Berg.	297,00
Eisenbahn-Aktien:		Glauziger-Zuckerfbk	400,00
Halberst.-Blankenb.	78,20	Hallesche Maschfbk.	417,00
Halle-Hettstedter	—	Hann. Masch.	320,00
Schantungbahn	628,50	Harpener Berg	269,00
Allg. Lokal-Str.	112,00	Hasper Eisen	525,00
Gr. Berl. Str.	135,12	Hirsch Kupfer	264,50
Magdeburger Str.-B.	150,50	Höchster Farbwerke	343,00
Prinz-Heinrich-B.	447,00	Hoesch Eisen u. Stahl	320,00
Orientbahn	190,00	Hohenlohe Werke	168,25
Schiffahrts-Aktien:		Humboldt Masch.	152,00
Hambg.-Paketfahrt	188,00	Ilse Bergbau	330,00
Hambg. Südamerika	249,75	Kahla Porzellan	382,00
Hansa-Dampfschiff.	320,00	Kaliw. Aschersleben	360,50
Nordd. Lloyd	184,00	Körbisd. Zucker-Akt	370,00
Bank-Aktien:		Kyffhäuserhütte	148,50
Bank i. Thür.	154,00	Lahmeyer & Co.	172,00
Berl. Handelsges.	185,00	Leuchhammer	261,00
Commerz-Diskontobank	164,50	Laurahütte	201,75
Darmstädter Bank	156,00	Linke & Hofmann	320,00
Dessauische Landesbank	—	Ludwig Loewe & Co	275,00
Deutsche Bank	279,75	Lothringer Hütte	229,00
Diskonto-Comm.	199,75	Mannesmannröhren	382,50
Dresdner Bank	170,00	Masch.-Fabr Buckau	255,00
Leipzig. Credit-Anst.	169,25	Oberschl. Eisenb.-Bd	192,00
Mitteld. Kreditbank	—	do Caro Hag.	240,00
Mitteld. Privatbank	167,50	do Kekswerke	420,00
Nationalbank	141,50	Orenstein & Koppel	230,00
Oesterr. Kredit	98,50	Phönix Berg	891,00
Reichsbank	150,00	Rhein. Metall-Vorz.	850,00
Industrie-Aktien:		Rhein. Stahlwerken	297,00
Schultheiss-Brauerei	258,00	Riebeck Montan	262,25
Akt. f. Anilin	332,00	Rombacher Hütten	252,25
Allgem. Elektr. Ges.	280,00	Rositzer Braunk.	315,00
Ammendorfer Papierfabrik	520,00	Rositzer Zucker	198,00
Anhalter Kohlenw.	235,00	Sangerhäuser Masch	400,00
Annaberger Steingut	320,00	Hugo Schneider A.-G.	249,75
Badische Anilin	446,00	Schuckert & Co.	175,00
Bergmann Elekt. Akt.	222,75	Siemens & Halske	277,50
Berl. Masch.-Bau	230,00	Stettiner Chamotte	258,00
Bismarckhütte	385,00	Stettiner Vulkan	211,00
Bochumer Gußstahl	248,00	Stollberger Zinkh.	249,75
Chem.-Fabr. Buckau	282,25	Strals. Spielkarten	323,00
		Thale-Eisenhütte	375,00
		Triptis Porzellan	219,00
		Türk Tabakregie	76,00
		Ver. Köln-Rottweiler	274,75
		Ver. Glanzstoff	879,00
		Wegelin & Hübner	163,58
		Werschen-Weißenfelser Braunk.	200,00
		Westeregeln Alkali	628,00
		Wittener Gußstahl	825,00
		Wrede Mälzerei	140,00
		Zeitzer Masch.	420,00
		Zellstoff Waldhof	275,00
		Otavi-Minen	694,00

Tendenz: fest.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 9. Juni 1920.

Hallesche Zucker-Raffinerie	220,50
Leipziger Malzfabrik, Schkeuditz	128,50
Landwirtsch. Masch. Zimmermann, Halle	168,00
Mansfelder Gewerkschaft	2750,00
Portland, Zementfabrik Halle	140,00
Prehlitzer Braunkohlen	1100,00
Priorit.	150,00
	—

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella; f. d. örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Die wahrscheinlich fehlenden Bilder Inhalte zerkrannen da in ein Nichts. Die dritte beinah verlegen der Alten eine Banknote in die Hand und lief nach der Tür.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200610017/fragment/page=0004